

Antrag der Fraktion der CDU**Interessenkollision in der Krankenhauspolitik vermeiden – Vorsitz des Aufsichtsrates des Klinikverbundes Gesundheit Nord (GeNo) neu besetzen!**

Die Krankenhauslandschaft in Bremen steht vor großen Umbrüchen und enormen Herausforderungen. Hierbei gilt es, klar zu differenzieren zwischen dem noch immer nicht erkennbaren Sanierungsbeitrag der GeNo angesichts des historischen Defizits und millionenschwerer finanziellen Sonderzahlungen durch den Steuerzahler. Andererseits geht es um den künftigen Handlungsbedarf in Umsetzung der zu erwartenden Krankenhausreform auf Bundesebene mit erheblichen Auswirkungen auf die Länder. Konflikte sind hierbei längst auszumachen und bereits gegeben. Wie das Beispiel der Klageschrift an den Berliner Senat zeigt, formiert sich der Protest der frei gemeinnützigen und privaten Kliniken gegen die Wettbewerbsverzerrung durch Bevorteilung des landeseigenen Klinikkonzerns. Eine solche Entwicklung zeichnet sich auch in Bremen ab.

Die Gesundheitssenatorin hat als einzige den Plänen des Bundes zur Krankenhausreform lautstark mit einer Protokollnotiz in der Gesundheitsministerkonferenz der Länder zugestimmt. Andere Bundesländer wie Bayern oder Schleswig-Holstein waren wegen der völlig unklaren Finanzierung künftiger Leistungsgruppen verständlicherweise wesentlich zurückhaltender. Hinzu kommt der Widerspruch, den die Gesundheitssenatorin in ihrer eigenen Partei erfährt. Das Positionspapier des Bundespartei Vorstandes DIE LINKE kritisiert die geplante Krankenhausreform in ihren Bund-Länder-Eckpunkten als „Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft“ und plädiert für eine „Entprivatisierungsoffensive“. Welche Strategie verfolgt die linke Gesundheitssenatorin in Bremen? Vielen Verantwortlichen in den Krankenhäusern und Experten im Gesundheitswesen erschließt sich diese nicht. Die vermeintlichen Struktur- und Kooperationsgespräche zwischen Gesundheitsbehörde und Klinikleitungen geraten zur Farce, wenn vorrangig GeNo-Interessen bedient werden. Eine verantwortungsbewusste Gesundheitspolitik muss die Interessen aller Krankenhäuser im Blick haben, mithin die beste medizinische Versorgung unserer Bevölkerung und deren Wahloptionen.

Vertritt die Gesundheitssenatorin tatsächlich die Interessen aller Kliniken in Bremen oder vielmehr vorrangig die Interessen des Kommunalen Klinikverbundes Gesundheit Nord (GeNo)? Diese Frage drängt sich auf und muss gesundheitspolitisch vor allem im Interesse einer hochwertigen stationären medizinischen Versorgung für Patientinnen und Patienten beantwortet werden. Es geht hierbei um nicht weniger als die finanzielle Gleichbehandlung aller Kliniken in Bremen, unter öffentlicher wie freier Trägerschaft.

Eine Gesundheitssenatorin, die gleichzeitig als Aufsichtsratsvorsitzende der GeNo die Interessen des öffentlichen Verbundes verfolgt, kann nicht gleichzeitig glaubwürdig die Interessen der freigemeinnützigen und privaten Kliniken vertreten. Daran muss Landespolitik im Sinne der Patientinnen und Patienten und einer leistungsfähigen stationären Versorgung durch die gesamte Krankenhauslandschaft jedoch unbedingt ein Interesse haben. Diese Interessenkollision muss gerade angesichts der bevorstehenden Krankenhausreform dringend und sofort beendet werden.

Dem Eckpunktepapier zur Krankenhausreform vom 10. Juli 2023 zufolge, gewinnen die Gesundheitsminister und -senatoren der Bundesländer an Gestaltungsspielräumen und Entscheidungsbefugnissen hinsichtlich künftiger Finanzierung nach Leistungsgruppen. Denn künftig soll die Zuordnung der Leistungsgruppen durch die Bundesländer erfolgen.

Wettbewerbsverzerrung vermeiden: Auch zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrung ist die weitere Vereinigung beider Ämter und damit bedeutender gesundheitspolitischer Funktionen in einer Person nicht länger zu akzeptieren. Zudem braucht es gerade angesichts der schleppenden Sanierung der GeNo mehr Sach- und Fachverstand an der Spitze des Aufsichtsrates des kommunalen Klinikverbundes GeNo. Die Auflösung der Personalunion und damit der Interessenkollision in der Krankenhauspolitik des Landes Bremen ist überfällig.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, den Vorsitz des Aufsichtsrates des Klinikverbundes Gesundheit Nord (GeNo) mit einer fachlich versierten, medizinisch und betriebswirtschaftlich qualifizierten Person neu zu besetzen. Die Personalunion von Gesundheitssenatorin und Aufsichtsratsvorsitzende ist mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Rainer Bensch, Frank Imhoff und Fraktion der CDU